HAUSARBEIT AUS GESCHICHTE

Die Verwaltung der Stadt Wien während des ersten Weltkrieges

von

Karl Josef Trauner

EINLEITUNG.

Die Welt war von dem Ausbruch des Krieges im August 1914 keineswegs überrascht. Schon seit der Annexion Bosniens und der Herzegowina im Jahre 1908 schwebte die Donaumonarchie in ständiger Kriegsgefahr; jede Woche rechnete man mit Feindseligkeiten gegen Serbien oder Russland. Als es nun nach der Ermordung des Erzherzog Thronfolgers Franz Ferdinand zum Kriege kam, loderte die Begeisterung bei den Mittelmächten hell auf. Man dachte an einen Krieg herkömmlicher Art. Oberstleutnant Tappen, der Chef der deutschen Operationsabteilung des Feldheeres, fasste diese Meinung im August 1914 in den Satz zusammen: "In sechs Wochen ist die ganze Geschichte erledigt." (Hans Lohmeyer, Die Politik des zweiten Reiches, Berlin 1939, 2.Bd. pag. 492). Dass die lange Dauer des Krieges und die Blockade allmählich den Zustand eines "totalen" oder "Volkskrieges" herbeiführten, wenn auch in anderer Art und Weise als Ludendorff es sich wünschte, konnte anfangs niemand ahnen.

Niemand dachte auch daran, für Lebensmittel und Material auf lange Sicht zu sorgen. Das Hauptaugenmerk wurde auf die Wehrmacht gerichtet, ihre Versorgung der Heimat überlassen, ohne jedoch auf diese in irgendwelcher Weise Rücksicht zu nehmen, so wie dies bisher zu geschehen pflegte. An Mehl- und Kartoffelnot, an Kupfer- und Kohlenmangel dachte niemand, nicht einmal in Debatten wurde diese Möglichkeit miteinbezogen. Erst allmählich, als sich der Mangel an all diesen Dingen immer mehr und mehr bemerkbar machte, schritt man daran, behördlicherseits, von Seiten des Staates, der Länder und der Gemeinden, einzugreifen. Bald erwies es sich aber als notwendig, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebens- und Gebrauchsartikeln in die Hand dieser öffentlichen Institutionen zu legen. So wurden vor allem die einzelnen Gemeinden zu Gross- und zugleich Kleinverteilern.

Dazu traten noch die kriegsbedingten Mißstände auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, die diese neue Aufgabe der Gemeinden zusätzlich erschwerten.

Eine Grossgemeinde wie Wien hatte mit all diesen Dingen besonders zu kämpfen. Für die fast zwei Millionen Einwohner zählende Stadt war es naturgemäss weit schwieriger, alle für das tägliche

Leben notwendigen Dinge in ausreichendem Masse zu beschaffen als für eine kleine Gemeinde. Es fehlte ausserdem - was bei kleineren Gemeinden ebenfalls wegfiel - an geeigneten Lagerräumen. Für den Bau solcher Speicher aber war kein oder nur wenig Material vorhanden: ein ewiger Kreislauf, der naturnotwendig einmal zum Stillstand kommen musste.

Mit der Lebensmittelversorgung aber waren noch bei weitem nicht alle Probleme gelöst. Die Gemeinde Wien musste für die hungernde Bevölkerung Küchen errichten, die Gesundheitsfürsorge musste grosszügig ausgebaut werden, und für die heimkehrenden Invaliden und die Hinterbliebenen von Gefallenen war ein ausgedehntes Hilfsprogramm notwendig.

Auch die Strassenbahn, die Gas- und die Elektrizitätswerke mussten weiterarbeiten.

All diesen sich rasch ergebenden Mißständen fand sich die Verwaltung der Stadt Wien schon im ersten Kriegsjahr gegenüber. Nirgends konnten Erfahrungen zu Rate gezogen werden, nirgends an bereits Vorhandenes angeknüpft werden. Alle Lösungen mussten neu gefunden werden, neu und rasch, das war das Wichtigste.

Dass alles nicht so funktionierte, wie es funktionieren sollte, wissen wir. Auch hat man sich alles leichter und einfacher vorgestellt, als es sich dann ergeben hat, wir brauchen nur die Mitteilungen über die wirtschaftliche Lage Wiens zu verfolgen. Trotzdem aber war die Stimmung der Bevölkerung gut. Am Ende der Theaterstücke wurden sogar die neuesten Kriegsnachrichten verlesen. (Mitteilungen über die wirtschaftliche Lage Wiens während des Krieges, 2.Folge, Amtsblatt der k.k.Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, 27.Oktober 1914).

Es wäre aber ungerecht, den Verantwortlichen im Wiener Rathaus aus diesen Tatsachen einen Vorwurf zu machen. Sie arbeiteten nach bestem Wissen und Gewissen. Die Übelstände ergaben sich - wie oben erwähnt - aus dem fehlenden Vorbild.

An der Spitze der Stadt Wien stand seit 1912 Dr.Richard Weiskirchner. Als er als zweiter Nachfolger Dr.Luegers auf den Bürgermeisterstuhl kam, ahnte er noch nicht, dass er dieses Amt in der wohl für Wien schwersten Zeit führen sollte und dass er dann, als die Schrecknisse des Krieges im Abklingen waren, als wenigstens der Blick in eine lichtere Zukunft gerichtet werden konnte, abtreten musste.

Dr.Weisskirchner hat während seiner Amtszeit eine durchaus

aktive Rolle gespielt. Ihn zur Repräsentationsfigur stempeln hiesse, ihm unrecht tun.

Wie oft begegnen wir im Amtsblatt oder in den Sitzungsberichten einer Notiz, aus der wir erfahren, dass der Bürgermeister zum so und sovielten Male wegen der Kartoffelversorgung bei der Regierung appeliert hat, dass er diese und jene Verordnung an den Magistratsdirektor erlassen hat.

Seine kriegsfreundliche Haltung, die ihm von der gegnerischen Seite vorgeworfen wurde, entspricht nichts anderem als seinem Patriotismus, seinem Pro-Österreichertum. Und wer könnte jemandem seinen Patriotismus in schweren Stunden des Vaterlandes zum Vorwurf machen? Dass Dr.Weiskirchner bei all seiner Zuneigung zu Österreich die Gebrechen der Staatsführung nicht übersah, beweist seine oft scharfe Kritik, die aber meist von der Zensur unterdrückt wurde. So beklagte sich z.B. der Bürgermeister in der Gemeinderatssitzung vom 22.Februar 1916 darüber, dass er bei der Regierung nicht die notwendige Unterstützung finde.

Alle seine nicht veröffentlichten Reden legte er in das Archiv der Stadt Wien; zu einem späteren Zeitpunkt wollte er Beweise für sein Tun und Wirken haben. ("Der zensurierte Bürgermeister").

So trägt die Verwaltung der Stadt Wien während des ersten Weltkrieges den Stempel der Persönlichkeit von Dr.Richard Weiskirchner.

1. Kapitel:
Die allgemeine und die Finanzverwaltung

Als der Wiener Gemeinderat im Sommer 1914 in die Ferien ging, ahnte niemand, dass seine nächste Sitzung am 22.September schon im Kriege stattfinden werde.

Die sich überstürzenden Ereignisse, die die Mobilmachung hervorgerufen hatte, verlangten vom Wiener Stadtoberhaupt Initiativen, die nicht nur schwierig zu meistern, sondern die auch weit über den Rahmen des dem Bürgermeister Erlaubten hinausgingen. Der Gemeinderat hatte für die Lage, in die sich Dr.Weiskirchner versetzt gesehen hatte, volles Verständnis und genehmigte im nachhinein alle Verfügungen, die seit der letzten Sitzung vom Bürgermeister erlassen worden waren.

Die Einsicht des Gemeinderates aber ging noch weiter. Es ist leicht verständlich, dass eine grössere Körperschaft, die erst langwierig zusammengerufen werden muss, nicht imstande ist, fruchtbringende Arbeit zu leisten; fruchtbringende Arbeit nämlich dann, wenn die Lage oft Entscheidungen verlangt, die binnen einiger Stunden gefasst werden müssen. Am 21. September 1914 teilte Dr.Weiskirchner im Stadtrat mit, er werde bei der morgigen Gemeinderatsitzung einen Antrag stellen, dessen Annahme ihn ermächtigen soll, auf Kriegsdauer Verordnungen zu erlassen, ohne den Gemeinderat zu befragen. Der Antrag wurde nicht nur angenommen, sondern die nächste Sitzung durfte vom Bürgermeister erst eineinhalb Jahre später wieder einberufen werden, am 22. Februar 1916.

Seit dieser Sitzung, in der 1300 Geschäftsstücke behandelt wurden und die Verfügungen des Bürgermeisters samt und sonders genehmigt wurden, trat der Gemeinderat wieder in kurzen Abständen

zusammen.

In der Zeit zwischen den beiden Sitzungen vom 22.September 1914 und vom 22. Februar 1916 fanden aber neben den Stadtratsitzungen Zusammenkünfte des Bürgermeisters mit den Obmännern der politischen Parteien statt. Hier beriet sich Dr.Weiskirchner mit den Fraktionsführern.

An der Seite Dr.Weiskirchners stand bis zum 28. Mai 1914 Dr.Josef Porzer als erster, Heinrich Hierhammer als zweiter und Franz Hoß als dritter Vizebürgermeister. Nach dem Tode Dr.Porzers rückte Heinrich Hierhammer an die erste, Franz Hoß an die zweite Vizebürgermeisterstelle vor. Als dritter Vizebürgermeister wurde Josef Rain gewählt.

Am 2. Juli 1914 trat Magistratsdirektor Dr.Max Weiss seinen Posten an; nach seinem Tode am 9.Dezember des gleichen Jahres folgte ihm Dr.August Nüchtern, der dem Magistrat bis Oktober 1918 vorstand und dann von Karl Pawelka abgelöst wurde.

In dieser Zusammensetzung meisterten die Stadtoberhäupter gemeinsam mit dem höchsten Verwaltungsbeamten, dem Magistratsdirektor, die schwierigen, allzu schwierigen Aufgaben, die der Krieg mit sich brachte. Um aber auch persönlich etwas beizutragen, übernahmen der Bürgermeister und seine drei Stellvertreter schon am 16. September 1914 die Kosten für täglich 5o Freitische für Mittellose.

Die Verwaltungsarbeit, die der Gemeinderat während des Krieges leistete, war eine den Zeitumständen angepasste geringe:

An 49 Personen wurden in diesen vier Jahren das Bürgerrecht verliehen, an drei das Ehrenbürgerrecht: am 28.März 1916 an Graf Bienerth-Schmerling, den scheidenden niederösterreichischen Statthalter, am 2.Mai 1916 an Bürgermeister Dr.Richard Weiskirchner und

zwei Jahre später, am 2.Mai 1918 an Graf Czernân, den österreichisch-ungarischen Aussenminister, der das Hauptverdienst am Zustandekommen des Bukarester Friedens vom 7.Mai 1918 hat.

Wegen des Krieges fanden auch keine Gemeinderatswahlen statt, obwohl schon 1916 die Zeit für die aus dem ersten Wahlkörper und 1918 für die aus dem zweiten und vierten Wahlkörper Gewählten abgelaufen war. Der Gemeinderat blieb in der Zusammensetzung vom September 1914 den ganzen Krieg hindurch bestehen.

Im Stadtrat war schon 1917 eine Veränderung vor sich gegangen. Am 12. Juni kam zum erstenmal ein Sozialdemokrat in den Rat: Jakob Reumann, der Nachfolger Dr.Weiskirchners als Bürgermeister im Jahre 1919; doch schon am 2o. Juni des gleichen Jahres legte er sein Mandat zurück.

Ein Jahr später, am 21.Juni 1918, wurde er abermals in den Stadtrat gewählt. Vierzehn Tage wiederholte sich das gleiche Spiel vom Sommer 1917: Reumann gab sein Mandat zurück, "weil der Wille der Mehrheit der Bevölkerung nicht zum Ausdruck kommt".

Der Gemeinderat hielt während des Krieges rund 15o Sitzungen ab, in denen mehr als 2oo Anträge gestellt und an die 4ooo Akten erledigt wurden.

Der Krieg und vor allem seine lange Dauer erforderten die Errichtung von Ämtern und Zentralstellen, um den Bedürfnissen der Bevölkerung möglichst rasch und weitgehend Rechnung zu tragen. So wurde schon im März 1915 das Mehlversorgungsamt errichtet, dem im November 1916 das Kartoffelabgabeamt und im Dezember das Wohnungsamt und das Amt für Lebensmittelversorgung folgten. Im April 1916 wurde die Magistrabsabteilung XII a in ein Jugendamt umgestaltet.

In der Sitzung des Stadtrates vom 8. Oktober 1914 wurde beschlossen, wöchentlich Mitteilungen über die wirtschaftliche Lage Wiens im Amtsblatt zu veröffentlichen. Der Antrag wurde von

Bürgermeister Dr. Weiskirchner deshalb gestellt, weil schon zu Beginn des Krieges im Ausland Gerüchte über den Zusammenbruch der Versorgung Wiens kursierten. Der Beschluss über die wöchentliche Herausgabe wurde aber bald nicht eingehalten. Die letzten Mitteilungen erschienen im August 1918 als 35. Folge. (Siehe dazu Anhang 2).

Für die Beamten der Stadt Wien, besonders für die Eingerückten und deren Angehörigen, wurde gut gesorgt. Rückte ein städtischer Angestellter ein, wurden ihm Aushilfen gewährt, je nach Stand und Dienstzeit. Seine Angehörigen bezogen die Hälfte seines Gehaltes. Die Beförderungen und Vorrückungen liefen weiter.

Im Laufe des Krieges mussten mehrmals Kriegs- und Teuerungszulagen gewährt werden. Ab Mai 1915 betrugen diese 9 K für Beamte mit einem Jahreshöchstgehalt von 3000 K (bei den Lehrern 1800 K). Im Dezember gleichen Jahres wurde die Höchstgrenze auf 4000 K hinaufgesetzt. Im Jahre 1916 und 1917 wurden die Grenzen abermals erhöht, dazu noch einmalige Aushilfen gezahlt.

Das Erholungsheim für die städtischen Angestellten in Dalmatien, das erst während des Krieges fertiggestellt wurde, fiel nach dem Zusammenbruch 1918 an Jugoslawien.

Der Mangel an Arbeitskräften veranlasste die Verwaltung der Stadt Wien zur Einstellung weiblicher Angestellter, die allerdings nur vertraglich beschäftigt wurden, also in kein festes Verhältnis übernommen wurden. Als nach Beendigung des Krieges viele Männer nicht mehr auf ihre Posten zurückkehrten oder zurückkehren konnten, blieben die Frauen in städtischen Diensten. Auch hatten ihre Arbeitsleistungen die Gemeinde verpflichtet, sie nicht einfach auf die Strasse zu setzen. Von nun an stand der Aufnahme von Frauen in den Gemeindedienst nichts mehr im Wege.

Die Finanzverwaltung der Gemeinde Wien stand unter dem Einfluss der andauernden Lohn- und Preiserhöhungen und der sieben Kriegs-

anleihen.

Im Geschäftsjahr 1914/15 betrug der Abgang beim Budget beinahe 6 Millionen Kronen, stieg 1915/16 auf 8,2 Millionen an und sank im Folgejahr auf 2,2 Millionen Kronen. 1917/18 betrug der Abgang 79,4 Millionen Kronen, obwohl 15,2 Millionen einer Anleihe entnommen und als Einnahmen verbucht wurden!

Das Defizit war eine Folge des Krieges und der Kriegsereignisse: Fortifikationsanlagen mussten erbaut, sanitäre Vorkehrungen getroffen werden; Notstandsarbeiten wurden ausgeführt und Kriegszuschüsse gezahlt, und vieles andere mehr.

Dazu kam, obwohl die Steuereingänge durchaus zufriedenstellend waren, dass die Gemeinde Wien bei der ersten Kriegsanleihe 1914 2o Millionen Kronen zeichnete und diesen Betrag 1915 auf 3o Millionen Kronen erhöhte.

Im Oktober 1915, bei der zweiten Kriegsanleihe, steuerte Wien 58 ooo ooo Kronen bei, bei den folgenden drei Anleihen im April und Dezember 1916 und im März 1917 je 5o Millionen. Bei der sechsten Anleihe im November 1917 gab die Stadt Wien 6o Millionen Kronen, bei der siebenten im Juni 1918 7o Millionen. Insgesamt zahlte die Stadt Wien also 368 Millionen Kronen Kriegsanleihe, ein Betrag, der die Einnahmen der Stadt Wien im Geschäftsjahr 1914/15 um 126 Millionen Kronen übersteigt!

2. Kapitel:
Fürsorge- und Gesundheitswesen

Das Jugendamt.

Im April 1916 wurde die Magistratsabteilung XII a zu einem selbständigen Amt umgestaltet: dem Jugendamt. Das neue Amt erhielt bald einen grossen Aufgabenkreis.

Bis Ende Mai 1916 waren die Kindergärten den Schulbehörden unterstellt, kamen aber nach Gründung des neuen Amtes unter dessen Kompetenz. Für die Säuglinge gab das Amt Milch- und Lebensmittelbezugsscheine aus und erhöhte das Pflegepersonal der Säuglingsfürsorgestellen.

Der Arbeit des Jugendamtes verdanken die Kindergärten auch ihre Rasenflächen. 1917 beschloss der Gemeinderat, den Kindergärten vier Quadmtmeter Grünfläche pro Kind anzuschliessen. Schon ein Jahr vorher war im 9. Bezirk ein Spielplatz eröffnet worden.

Dem Jugendamt unterstanden auch drei Spitäler: eines in Ischl, eines in Bad Hall und das Seehospiz in San Pelagio, das aber schon im August 1914 wegen der Kriegsereignisse geschlossen werden musste.

Auch die Säuglingsfürsorgestellen konnten erst im Laufe des Jahres 1915 wieder eröffnet werden. Durch die Mobilmachung und den Kriegsausbruch trat ein empfindlicher Ärztemangel ein, der erst nach und nach wettgemacht werden konnte.

Insgesamt waren während des Krieges 7 Ärzte und 45 Pflegerinnen angestellt; 175 Kindergärtnerinnen (davon 29 Nonnen) waren in Heimen tätig.

Das Armenwesen.

Das Armenwesen musste gleich am Beginn des Krieges stark ausgebaut werden. Die Misserfolge der österreichisch-ungarischen Truppen in Galizien, die sie zum Rückzug zwangen, brachten viele polnische

Flüchtlinge in die Hauptstadt. Für diese Menschen musste gesorgt werden. Die Stadt Wien unterstützte sie auf Kosten ihrer Heimatgemeinden, d.h. sie wollte nach Beendigung des Krieges die ausgelegten Beträge zurückfordern. Die Zertrümmerung der Monarchie liess es nicht dazu kommen.

Die nach der Eingemeindung der Vororte im Jahre 1891 übernommenen Armenhäuser mussten zum grössten Teil aufgelassen werden. Die sanitären Zustände hatten schon oft zu unliebsamen Zwischenfällen Anlass gegeben, eine Renovierung aber war unrentabel, während des Krieges an eine solche überhaupt nicht zu denken. So standen der Gemeinde Wien nur mehr fünf Armenhäuser zur Verfügung, in denen 1918 über 8ooo Personen lebten; jede Person erhielt täglich 1 K. Die katastrophale Lebensmittelversorgung, besonders im Winter 1916/17, brachte es mit sich, dass die Sterblichkeit in diesem Winter fast doppelt so hoch wie im Frieden war.

Die Erhaltungsbeiträge für die privat wohnenden Armen wurden ab März 1917 auf 6 bis 38 Kronen erhöht und betrugen vorher 6 bis 34 Kronen. Im September 1917 wurde die Höchstgrenze auf 42 K hinaufgesetzt, auch die Pfründe wurde um 4 K erhöht.

Für die Kinder armer Eltern oder für solche, deren Vater gestorben oder gefallen war, zahlte die Gemeinde Erziehungsbeiträge. 4 Kronen betrugen sie pro Kopf und Woche. 1918 erhielten 85oo Kinder diese Unterstützung, was monatliche 34 ooo K ausmachte.

Die Stadt Wien unterhielt auch eine Kinderpflegeanstalt mit 364 Betten. Sie diente Kindern, die in die Obhut der Gemeinde übernommen werden mussten, weil im Elternhaus nicht die Verhältnisse für eine geordnete Erziehung gegeben waren, sei es, weil die Eltern nicht imstande waren, die Kinder aufzuziehen, sei es, weil die Mutter allein ihren Pflichten nicht nachkommen konnte. Bis für die Kinder eine Pflegestellt bei einer Familie gefunden war, blieben sie in der Anstalt.

In den Waisenhäusern waren während des Krieges immer einige hundert Kinder untergebracht. Ihre Zahl aber sank zwischen 1914 und 1918 von 743 auf 377; 1916 waren es sogar nur 228.

Zum Armenwesen gehörte auch die Förderung privater Wohltätigkeitsvereine, die der Krankenpflege und Leichenversorgung dienten.

Die grösste Aufgabe des Fürsorgewesens erwuchs der Gemeinde Wien aber in der Kriegsfürsorge. So wie in der gesamten Verwaltung, mussten auch hier plötzlich ganz neue Wege gefunden und beschritten werden, mussten Umstellungen rasch und wirksam erfolgen. Dass die Gemeinde Wien auch in diesem Zweig nicht versagte, darf nicht zuletzt auf die Tätigkeit Dr.Weiskirchners zurückgeführt werden, der auch hier oft selbst die Initiative ergriff.

Die sogenannte Kriegsfürsorge der Gemeinde Wien kann in mehrere Abschnitte unterteilt werden: in die Mitarbeit der Gemeinde Wien an der staatlichen Kriegsfürsorge, an die eigentliche Armen- und Wohlfahrtspflege, die im grossen schon oben behandelt wurde, an die freiwillige Kriegsfürsorge der Gemeinde Wien und an die von der Gemeinde Wien geförderte freiwillige Kriegsfürsorge privater Natur, die vorwiegend von den verschiedenen Organisationen ins Leben gerufen wurde.

Die Mitarbeit an der staatlichen Fürsorge: Die Gemeinde Wien trat der Landeskommission für heimkehrende Soldaten bei und entsandte in deren Vorstand vier Vertreter, darunter Vizebürgermeister Hierhammer. Ausserdem stellte sie zwei Konzeptsbeamten, die von der Stadt Wien besoldet wurden.

Die Kommission hatte es sich zur Aufgabe gestellt, die aus dem Kriegsdienst aus irgend einem Grund - sei es Krankheit, sei es Invalidität - entlassenen Männer zu unterstützen, ihnen mit Geld auszuhelfen, Arbeit für sie zu verschaffen und ihnen bei der Wohnungssuche behilflich zu sein. Der Antrag der Stadt Wien, eine Arbeitsvermittlungsstelle ins Leben zu rufen, wurde angenommen; eine Petition,

die im Juli 1915 eingereicht wurde und die Errichtung eines Heimes für zurückkehrende Invalide, die dort bleiben sollten, bis für sie neue Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten geschaffen waren, kam nicht zur Durchführung.

In ihrer eigenen Verwaltung schritt die Gemeinde Wien daran, die Gehälter ihrer Bediensteten denen der Staatsangestellten anzugleichen. Auch im Falle der Invalidität von Gemeindebediensteten wurden grosszügige Regelungen getroffen: so sollte die Höhe der Pension im Falle der Invalidität der nach zehnjähriger Dienstzeit gleichgesetzt sein.

Die eigentliche Armen- und Wohlfahrtspflege: Der Kriegsereignisse wegen stiegen die Geldauslagen erheblich an. Bis um die Mitte des Jahres 1915 wurden um 37o ooo K mehr Aushilfen gezahlt, als im Budget vorgesehen war.

Die Zuschüsse für stillende Mütter wurden gleich am Beginn des Krieges von 4 K auf 24 K erhöht. Und am 31. Oktober 1914 erliess Bürgermeister Dr.Weiskirchner an Magistratsdirektor Dr.Weiss die Verfügung, dass jene Kinder, deren Mütter im Genuss der Unterstützung stehen, unter Schutzaufsicht zu stellen seien und von der Stadt übernommen werden sollten.

Zu Beginn des Krieges befürchtete man in Wien eine Arbeitslosigkeit, wenn sich auch diese Annahme bald als irrig erweisen sollte. So sprach der Wiener Bürgermeister bereits im Herbst 1914 beim Arbeits- und beim Innenminister vor und drang auf Durchführung der Liesingbachregulierung. Ausserdem beschloss der Stadtrat, dass die städtischen Arbeiten in ungemindertem Umfange weitergeführt werden sollen. Um aber einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit von vornherein zu begegnen, wurden die Arbeiten, die die Stadt Wien im Jahre 1915 vergeben wollte, schon im Herbst 1914 ausgeschrieben. Darunter fielen Lieferungen für die Strassenbahnen für 1,25 Millionen Kronen, Bauaufträge für 17

Millionen Kronen und die Tapeziererarbeiten im Festsaal des Rathauses für 55 ooo Kronen.

Dass keine Arbeitslosigkeit eintrat, war ein Glücksfall für die Stadtverwaltung, denn schon am Beginn des Jahres 1916 mussten die meisten Arbeiten wegen Materialmangel eingestellt werden.

Die freiwillige Kriegsfürsorge der Gemeinde Wien: Am ersten Tage des Weltkrieges, am 3o. Juli 1914, wurde in Wien die "Zentralstelle für Soldaten und ihre Familienangehörigen" gegründet, an der sich die Stadt Wien und Niederösterreich beteiligten und in deren Vorstand Dr.Weiskirchner für Wien und der niederösterreichische Statthalter Freiherr von Bienerth-Schmerling entsandt wurden.

Diese Zentralstelle sollte alle Spenden unter öffentliche Kontrolle stellen, wozu auch ein Damenbeirat gebildet wurde, mit der GAttin des Wiener Bürgermeisters, Frau Berta Weiskirchner, an der Spitze; dieser Damenbeirat nahm sich der Frauen und Kinder der Soldaten an.

Die Hilfstätigkeit der Organisation umfasste drei Gebiete: die Zuwendung einlaufender Geldbeträge, Naturalunterstützung (Ausspeisung, Kleideraktion u.a.) und Vermittlung von Arbeitsplätzen (besonders für erwerbslose Frauen). Um besonders das letztere wirksam auszubauen, wurden Näh- und Strickstuben errichtet, in denen die Frauen gegen Bezahlung beschäftigt wurden.

Bei der Ausspeisung wurde auf Anregung des Bürgermeisters besonders die Familienmahlzeit angestrebt, d.h. Familien wurden gemeinsam an Ausspeisestellen zugewiesen. Die Betonung der Familienzusammengehörigkeit durch Dr.Weiskirchner lässt die Einstellung des Bürgermeisters zur Familienpolitik deutlich erkennen.

Schon bis Mitte Juli 1915 wurden beinahe 8,5 Millionen Portionen für 2,2 Millionen Kronen abgegeben. An Geldaushilfen 1,3 Millionen Kronen. An Spenden liefen bis zu diesem Zeitpunkt 6ooooo Kronen ein, die Differenz steuerte Wien und Niederösterreich bei, wobei

der Anteil Wiens 5o ooo K betrug.

Als Ergänzung zu dieser Zentralstelle wurden später die "Kommission für soziale Fürsorge Wien und Niederösterreich" und das "Wirtschaftliche Hilfsbüro der Gemeinde Wien" gegründet. Die Aufgaben des letzteren waren vor allen Dingen, die wirtschaftlichen und privatrechtlichen Angelegenheiten von Eingerückten zu erledigen. Am 15.Dezember 1914 verfügte Dr.Weiskirchner, dass auch die Sorge für die Geschäftslokale der Eingezogenen zu den Agenden des Hilfsbüros gehörten.

Zur Unterstützung notleidender Künstler wurden Wettbewerbe veranstaltet, für die 35 5oo Kronen ausgeworfen wurden. Kunstankäufe wurden für 12 ooo K getätigt.

Zur freiwilligen Kriegsfürsorge gehört auch die Errichtung von Heimstätten für Soldaten.

Im Sommer 1916 nahm Bürgermeister Dr.Weiskirchner zu dieser Frage folgende Stellungnahme (Heimstätten und Rentengüter, Wien 1916, Geleitwort):

" Mein Entschluss, in Wien Kriegsheimstätten zu errichten, war im Februar 1915 gefasst; ich beauftragte den städtischen Magistrat, unverweilt an die Ausarbeitung eines Projektes zu gehen. "

Als Mitarbeiter bei dieser Arbeit nahm sich der Bürgemmeister Magistratsrat Dr.Sagmeister und Baudirektor Goldemund.

Schon im November 1915 konnten die Pläne und Vorlagen von den zuständigen Ämtern gutgeheissen werden. Es wurde an die Errichtung von Kriegerheimstätten im 21.Bezirk geschritten. Ein Fonds, der Wiener Kriegsheimstättenfonds, an dem die Stadt Wien, der Staat, die Militärverwaltung und auch Privatleute beteiligt waren, wurde gegründet.

Der Grund für die Häuser wurde von der Gemeinde Wien überlassen und o,5 Millionen Kronen in bar beigestellt: ausserdem

noch die Bürgschaft für 1 Million Kronen übernommen. Das Wiener Stadtbauamt übernahm die Bauleitung und richtete Strassen, Kanäle und Beleuchtung kostenlos ein.

Wenn für den Bau ein Voranschlag von 4,5 Millionen Kronen gemacht wurde, so ist aus dem Gesagten leicht ersichtlich, dass die Gemeinde Wien den Grossteil der Kosten auf sich genommen hatte. Dr. Weiskirchner wollte nicht nur Vorschläge unterbreiten, er wollte nicht nur sagen, wie etwas zu tun wäre; er schritt selbst voraus und zeigte den Weg.

Auf diese Art und Weise wurden in Aspern 7oo Wohnungen mit kleinen Gärten gebaut. Sie sollten den Invaliden auf sechzig Jahre zu mässigem Zins zur Verfügung gestellt werden. Geplant für die Anlage waren auch ein Bad, eine Schule und ein Spielplatz. Für die Benützung dieser Anlagen sollte mit der Miete ein kleiner Betrag eingehoben werden, damit in den Menschen nicht das Gefühl entsteht, etwas geschenkt zu bekommen, ein Mensch zweiter Klasse zu sein, der ganz und gar von der öffentlichen Wohltätigkeit abhängig ist.

Auch dieser Zug ist bezeichnend für die Lebensauffassung des Wiener Bürgermeisters. Heute mutet sie beinahe fremd an.

Auch im Gesundheitswesen der Stadt Wien wirkte sich der Krieg schwer aus. Die Lebendgeburten sanken gegenüber dem Jahre 1911 auf ein Drittel ab, und die Desinfektionsabteilung hatte Hochbetrieb. Man denke an die vielen polnischen Flüchtlinge! Merkwürdigerweise aber sank die Säuglingssterblichkeit, trotz Ärzte-, Lebensmittel-, Milch- und Kohlennot.

Das städtische Gesundheitsamt, im Mai 1918 wurde das Stadtphysikat dazu erweitert, sah sich grossen, schwer lösbaren Aufgaben gegenübergestellt.

Auf den zu den Kriegsschauplätzen führenden Bahnen, der Nord- und der Ostbahn, wurde ein ständiger ärztlicher Dienst eingerichtet, eine Beratungsstelle für Ernährung im Kriege wurde ins Leben

gerufen und eine Impfaktion durchgeführt. Der Andrang zu den Impfaktionen war so gross, dass sogar Medizinstudenten zur Mithilfe angefordert werden mussten, besonders im Jänner 1915.

Von den fünf Wiener Sanitätsstationen hatte eine ständigen Bereitschaftsdienst: die Gefahr von Fliegerangriffen war auch schon im Jahre 1914 gegeben, wenn sie auch nicht im entferntesten einen Vergleich mit der von 1944 aushält.

Der Mangel an Fuhrwerk bestimmte das Stadtphysikat dazu, auch die Strassenbahn zu Krankentransporten, insbesondere für Infektionskranke, zu verwenden.

Viele Todesopfer forderte die Grippeepidemie im Sommer 1918. Das Leben Vieler konnte nicht gerettet werden: es fehlte an Medikamenten.

3. Kapitel:
Das Bau- und Verkehrswesen

Wie alle Gebiete des öffentlichen Lebens nahm auch das Bauwesen während des Krieges bedeutend ab: es sank im Jahre 1917 gegenüber dem Jahre 1913 auf ein Zehntel. Trotzdem aber schritt die Arbeit an den öffentlichen Bauten rasch und stetig voran.

Im Jahre 1915 wurden im Rathaus Umbauten vorgenommen und das Amtshaus gegenüber dem Rathaus in der Feldgasse fertiggestellt. Um die Abwicklung des Geschäftsganges zu beschleunigen, wurde zwischen den beiden Gebäuden ein Tunnel gegraben.

Besondere Aufmerksamkeit wurde den beiden Hochquellwasserleitungen geschenkt. Ihr Versagen hätte zu einer Katastrophe geführt. Und gerade bei ihnen war die Möglichkeit der Sabotage gross: durch verseuchtes Wasser können Epidemien hervorgerufen werden. Aus diesem Grunde wurden die beiden Quelleitungen gleich zu Beginn des Krieges als staatlich geschützte Unternehmungen erklärt und durch Militär bewacht. Erst 1918, als kaum noch Soldaten für das Hinterland zur Verfügung standen, wurde die Bewachung aufgelassen.

Der Materialmangel gestaltete die Reparaturen an den Wasserleitungen äusserst schwierig. An Neuverlegungen war schliesslich überhaupt nicht mehr zu denken. Insgesamt wurde das Rohrnetz während des Krieges um etwa 15 km verlängert, davon fallen aber mehr als zwei Drittel in die Jahre 1914 und 1915.

Für den Notfall wurden im September und Oktober 1914 in Wien drei Wasserwerke erbaut, die bereits im November betriebsfertig waren. Ihr Einsatz erwies sich aber als nicht notwendig.

Die Anlage der Kriegsgemüsegärten und die Grünflächen, die für den Gemüseanbau verwendet wurden, brachten eine Steigerung des Wasserverbrauches mit sich. Auch zu den Truppenlagerplätzen wurde

Wasser in Wagen geführt. All das stellte die Wasserwerke vor neue, grosse Aufgaben, denen sie sich aber vollkommen gewachsen zeigten.

Die Anlage neuer Strassen in Wien wurde auch während des Krieges weiter in Angriff genommen: über 244 000 m^2 wurden erbaut, bereits bestehende verlängert und verbreitert. Die Pflasterfläche stieg um ca. 100 000 m^2.

Die im Frühjahr 1914 für die Strassenreinigung und Schneesäuberung angekauften Autos mussten schon im August an das Heer abgeliefert werden, ebenso die Autospritzwagen. Auch die Besprengung der Strassen mit Öl musste eingestellt werden.

Obwohl die Stadt Wien von der Pferdeablieferung befreit war, verlor sie doch, meist infolge Futtermangels, von 811 Pferden beinahe 600.

Das Projekt des Donau - Oder - Kanals wurde während des Krieges ausgearbeitet. Der Kanal sollte einen billigen Verbindungsweg mit dem schlesischen Kohlengebiet bilden. Auf der Wasserstrassentagung in Wien im Jahre 1917, auf der Deutschland, Ungarn und Österreich vertreten waren, wurde das Projekt eingehend erörtert.

Auch auf dem Gebiete des Lohnfuhrwerkes zeigten sich die Auswirkungen des Krieges. Zeitweise mussten die Fiaker und die Lastentransportunernehmer sogar den Betrieb vollkommen einstellen. Im Jahre 1915 wurde es schon Personen von sechzehn Jahren gestattet, zu kutschieren. 1916 wurde es den Fiakern erlaubt, wegen der Teuerung für Futtermittel und wegen des Pferdemangels auf den Fahrpreis einen Zuschlag aufzuschlagen, der die Hälfte des normalen Preises betragen durfte.

4. Kapitel:

Ernährungsangelegenheiten

Nichts wirkt auf die Menschen so niederdrückend und demoralisierend wie der Hunger. Es war der Entente, vor allem wegen ihrer günstigen geographischen Verteilung, gelungen, die Mittelmächte gänzlich zu blockieren. Die wenigen Transporte, die noch am Beginn des Krieges Mitteleuropa über die Nordsee oder die Adria erreichten, konnten die damals noch befriedigende Lage nicht beeinflussen. Der Einsatz von Transportunterseebooten erwies sich als unwirksam, die Anlieferungen aus Russland blieben auch nach dem Frieden von Brest-Litowsk aus. Die Mittelmächte waren auf sich selbst gestellt: sie sassen wie in einer belagerten Festung.

Die fehlende Erfahrung, die eine Desorganisation mit sich brachte, beschwor Hungersnöte grosser Ausdehnung herauf. Mit Schrecken erzählen ältere Leute noch heute von dem "Wruckenwinter" 1916/17. Die Gemeinde Wien, die für rund zwei Millionen Menschen Nahrung und Brennstoff besorgen sollte, sah sich plötzlich in einen neuen Wirkungskreis hineingestellt. Bürgermeister Dr.Weiskirchner betonte es immer wieder:"Was kein Mensch je für möglich gehalten hätte, trat ein: die Gemeinde Wien mit ihrem Bürgermeister ging unter die Lebensmittelhändler". Nach und nach aber musste erst die Organisation für diese neue Aufgabe geschaffen werden: im März 1915 wurde das Zentralversorgungsamt gegründet, im November des folgenden Jahres die Kartoffelversorgungsstelle. Endlich, im April 1917, wurden alle diese Ämter und Stellen im "Bezirkswirtschaftsamt Wien" zusammengefasst. Diesem Amte unterstand ausser der Lebensmittelverteilung auch die Ausgabe von Holz, Kohle und Petroleum. Im Juni des Jahres 1917 wurde dem Amt auch die Stelle für Heu- und Strohverkehr angeschlossen.

Insgesamt kaufte die Gemeinde Wien während des Krieges für

fast 515 Millionen Kronen Lebensmittel an, die sie um 468,6 Millionen Kronen absetzte. Der Abgang, der aus dem ausserordentlichen Budget gedeckt werden musste, ergab sich oft auf recht eigenartige Weise: Die Gemeinde musste z.B. Kartoffeln zu einem Preis abgeben, der weit unter den Einkaufskosten lag, weil die Regierung inzwischen Höchstpreise für Kartoffeln festgelegt hatte.

Dr.Weiskirchner hat immer gegen die Festsetzung von Maximalpreisen Stellung genommen, da sie örtlich verschieden waren. Selbstverständlich verkauften die Privathändler dort, wo sie die höchsten Preise erzielten. Und Wien und Niederösterreich gehörten immer zu jenen Gebieten, die die niedrigsten Höchstpreise hatten, daher war die Hauptstadt und das sie umgebende Kronland sehr schlecht beliefert.

Allmählich ging man dazu über, Lebensmittelkarten einzuführen. Durch eine neue Karte, eine Erfindung des Magistratsrates Dr.Jamböck, die von der Regierung allen Gemeinden empfohlen wurde, konnte eine Ersparnis an Papier und Druckkosten von nahezu 75 % erzielt werden.

Der Bestandsaufnahme von Mehl und Mehlprodukten im März 1915 folgte die Einführung der Brotkarte im April, auf die vorerst 2 kg Brot pro Woche und Person abgegeben wurden.

Weissgebäck durfte schon seit Februar nicht mehr erzeugt werden. Der Zusatz an Maismehl von 30 % stieg immer mehr an und erreichte ab 1917 bis zu 70 %.

Zucker war seit April 1916 rayoniert: jede Person hatte auf 5/4 kg im Monat Anspruch. Diese Menge wurde aber im Dezember 1917 auf 3/4 kg herabgesetzt.

Schon im Mai folgte die Milchkarte für Kinder unter zwei Jahren, die vorerst 1 Liter erhielten. Im September 1918 aber wurde die Karte wegen des völligen Fehlens von Milch aufgelassen.

Der Juli 1916 brachte die Kaffeekarte, mit der pro Person 3/8 kg für 8 Wochen bezogen werden konnte.

Am schlechtesten war die Bevölkerung mit Fett versorgt. Nach Einführung der Karte im September 1916 konnten pro Woche und Person noch 12o g bezogen werden. Im März 1918 sank diese an und für sich schon geringe Menge auf 4o g.

Auf die Oktober 1917 geschaffene Kartoffelkarte erhielt man bis Mai 1918 1 kg pro Woche, dann wurde die Menge auf die Hälfte reduziert.

Auch Seife, Kerzen und Petroleum wurden bald unter Kontrolle gestellt. Fleischknappheit trat ebenfalls bald ein, doch wurde Rindfleisch erst gegen Ende des Krieges rayoniert.

Nun aber waren die Karten kein Berechtigungsschein zum Bezug von Lebensmitteln. Sie dienten nur der Regelung der Ausgabe. Oft konnten Lebensmittelkarten nicht verwendet werden, weil einfach keine Ware vorhanden war.

Die Anlieferung stockte oft, weil kein Fuhrwerk vorhanden war oder die Bahn vom Militär beansprucht wurde. In Wien selbst wurde die Strassenbahn häufig zu Transportzwecken herangezogen, da die Futtermittelknappheit den Pferdebestand herheblich dezimiert hatte.

Der Bau neuer Speicher sollte im Kampf gegen die Hungersnot helfen. Oft war es der Gemeinde gelungen, grössere Mengen Kartoffeln zu erwerben, der Mangel an Speichern zwang aber dazu, die Kartoffeln nur einzumieten, eine Arbeit, für die häufig Kriegsgefangene herangezogen wurden. Trat dann Frost ein, waren die so provisirisch gelagerten Erdäpfel für den menschlichen Genuss ungeeignet und mussten zu Fütterungszwecken verkauft werden.

Auch in der Ernährungslage zeigte sich die innere Zerrissenheit der Monarchie: die Milchanlieferung aus Ungarn war lange Zeit in Frage gestellt, da nur derjenige Produzent Futter erhielt, der seine Milch in Ungarn verkaufte.

So wurde auch hier durch die Seperationsbestrebungen der

östlichen Reichshälfte die Leistungsfähigkeit der Gesamtmonarchie untergraben: die Bevölkerung Österreichs litt Hunger, während in Ungarn genügend Lebensmittel vorhanden waren: Der Einwand, dass Ungarn fast gänzlich für die Versorgung der Wehrmacht aufkommen musste, kann nicht als vollgültig zur Kenntnis genommen werden, denn gut war auch die Wehrmacht nicht verpflegt.

Die Gemeinde Wien versuchte, durch eigene Kraft so gut wie möglich der Lebensmittelnot Herr zu werden. Neben der schon erwähnten Grundverpachtung für Kriegsgemüsegärten, bebaute sie in eigener Regie grosse Flächen in der Lobau und auf dem Kobenzl.

Die Milchnot wollte man durch den Ankauf von Milchkühen steuern. Teils brachte man sie in eigenen Stallungen unter, teils wurden sie in Gutshöfen eingestellt,die dann die Milch abliefern mussten. Noch 1918 kaufte die Gemeinde für 4,7 Millionen Kronen Vieh.

Trotz der amtlichen Preisfestsetzungen am 29. Juli 1914, die deshalb erfolgten, weil Dr.Weiskirchner einen Tag vorher vor den Folgen der Preissteigerungen gewarnt hatte, trieb der Mangel und die Not die Preise in steiler Kurve aufwärts. (Siehe dazu die Tabelle im Anhang 2, S 43).
Auch die oben erwähnte Politik der Höchstpreise trug das ihre dazu bei.

Vielfach musste auch an Stelle der vorgesehenen Lebensmittel Ersatzprodukte ausgegeben werden. Im Winter 1916/17 statt Kartoffeln Wrucken, eine Rübensorte, im März 1917 statt frischen Gemüses Trockengemüse.

Die Ernährungslage Wiens während des ersten Weltkrieges war schlecht, sehr schlecht sogar. Im Rathaus aber tat man das Menschenmöglichste. Ohne Vorbild schuf man und schaffte herbei, was möglich war.

5. Kapitel:

Kulturangelegenheiten

Die Stadtbibliothek hat während des Krieges die Anzahl ihrer Werke um rund 12 ooo vermehren können. Dazu trug vor allem der Kriegssammeldienst seinen Teil dazu bei. Schon Ende August 1914 wurde an die Bevölkerung der Aufruf gerichtet, der Stadtbibliothek alle jene Werke zu überlassen, die die Rolle Wiens im Kriege beleuchten, die mit der Stadt im Kriege irgendwie im Zusammenhang stehen. Der Aufruf hatte den Einlauf vieler Bücher während des ganzen Krieges zur Folge.

Für das städtische Museum, das auf der Schmelz entstehen sollte, das aber tatsächlich erst vor wenigen Jahren auf dem Karlsplatz erbaut wurde, warf die Gemeinde Wien 29o ooo K aus, die Steinmetz- und Bildhauerarbeiten wurden noch während des Krieges fertiggestellt.

Im Oktober 1914 wurde der Bau einer Bürgerschule (heute Hauptschule) im 2o.Bezirk begonnen; es war der einzige Schulneubau während des Krieges, obwohl 15o Schulgebäude, die 227 Schüler beherbergten, dem Militär zur Verfügung gestellt werden mussten. Das brachte die Gefahr der Verwahrlosung und Verwilderung der Jugend mit sich. Im Jahre 1917 bat deshalb die Gemeinde die Militärbehörden um Freigabe der Gebäude. Der Bitte allerdings wurde nur teilweise stattgegeben.

Die Kohlennot im Winter 1916 veranlasste die Stadt Wien, die Schulen den Kindern bis zum Abend zur Verfügung zu stellen, damit sie sich in geheizten Räumen aufhalten konnten.

Die in den nächsten Wintern so häufige Schliessung der Schulen erfolgte 1916/17 nur selten. In den Schulen wurde ausserdem eine Ausspeisung eingerichtet.

Der grossen Unterernährung der Schulkinder wegen wurde die Aktion "Kinder aufs Land" ins Leben gerufen. Diese Aktion konnte

im Laufe der Zeit 5o ooo Kinder, zu deren Beaufsichtigung 15oo Lehrer zur Verfügung standen, während der Sommerferien bei Bauern und in Heimen unterbringen.

In den Tageserholungsheimen der Gemeinde Wien wurden in den Sommerferien 1917 täglich zwei Marmeladebrote kostenlos abgegeben. Die Brote sollten den Kindern den Besuch der Heime erstrebenswert machen, der Gemeinde aber war die Möglichkeit gegeben, gegen die Verwahrlosung einzuschreiten.

Daraus ist die überaus heikle soziale Lage der unteren Bevölkerungsschichten deutlich ersichtlich, aber auch die Ohnmacht der Behörden: gegen Verwahrlosung konnte man nur mit Marmeladenbroten ankämpfen.

Die Beteiligung der Schuljugend an der Aktion "Weihnachten im Felde 1914" brachte gute Ergebnisse. Die Kinder sammelten Wäsche, Kleidung und Schuhe, Bücher und Unterhaltungsspiele für die Soldaten.

6. Kapitel:
Militärangelegenheiten

Der Wiener Magistrat als Exekutivorgan der Gemeinde Wien hatte bei den 47 Einberufungskundmachungen folgendes zu tun: er war verantwortlich für die numerische Stärke der Armee, soweit sie aus Wienern rekrutiert wurde, er musste die sachlichen Erfordernisse zur Verfügung stellen und war für die Vermeidung sozialer und wirtschaftlicher Störungen verantwortlich.

Aus diesen Pflichten heraus erwuchsen der Gemeinde viele Aufgaben. Sie musste die Drucksorten für die Rekrutierungen beistellen, die Kundmachungen verlautbaren, die Musterung der Landstumpflichtigen vornehmen und für Quartier sorgen.

Gleich zu Beginn des Krieges rückten 293.694 Wiener als Aktive ein. Zwischen 1.Oktober 1914 und 30.September 1915 wurden 33 Jahrgänge der Landsturmpflichtigen gemustert. Über jeden einzelnen Mann wurde im Rathaus genau Kartei geführt.

Allmählich wurde es nicht mehr möglich, die vom Staat geforderten Leute zur Verfügung zu stellen. So konnten von den für November 1917 geforderten 2000 Landsturmmännern nur mehr 800 eingezogen werden. Im Mai 1918 sollten abermals 1500 Landsturmpflichtige dem Militär zur Verfügung gestellt werden, die Gemeinde aber konnte dieser Forderung nicht mehr nachkommen. Dr.Weiskirchner verfasste aus diesem Anlass eine Denkschrift, in der er darlegte, dass weitere Einberufungen zur Lahmlegung des wirtschaftlichen Lebens in Wien führen müssten. Die Militärbehörden unterliessen somit weitere Forderungen.

Bei den Facharbeitern war die Lage ähnlich, stellte doch die Gemeinde dem Militär 54 000 Arbeiter, von denen nur etwa 20 000 Hilfsarbeiter waren, zur Verfügung. So waren dann 1916 in einzelnen Branchen keine qualifizierten Kräfte mehr vorhanden. Dazu kam, dass

die Arbeitskraft infolge der schlechten Ernährung nicht mehr voll ausgenutzt werden konnte.

Im September 1915 musste die Gemeinde Wien für das Militär Gummi und Autoreifen konfiszieren; diese Aktion wurde im Juli 1916 wiederholt. Die Autos selbst waren schon im Mai 1915 beschlagnahmt worden: beinahe 12oo Stück.

Gleich zu Beginn des Krieges waren in Wien auch über 1o ooo Pferde assestiert worden, ihre Zahl erhöhte sich später auf 12ooo Tiere.

Auch Leder, Wolle, Leinen, Felle, Säcke u.v.a. wurde im Laufe des Krieges wiederholt von den Militärbehörden beansprucht.

Im Oktober 1915 begann man damit, Kupferdächer abzudecken und Glocken und Blitzableiter abzumontieren. Aber auch Gewichte, Vorhangstangen und Ofenvorleger wurden eingesammelt. Von der Menge des abgelieferten Metalls der österreichischen Reichshälfte lieferte allein die Stadt Wien ein Drittel ab, das war dreimal so viel, wie die sieben Millionen Einwohner Böhmens aufbrachten.

Aber die Ablieferungspflicht und Beschlagnahme schritt weiter. Im Dezember 1916 wurden auf Kosten des Heeres die kupfernen Badeofenzylinder gegen solche aus Guss ausgewechselt.

Als im Jänner 1917 eine neue Metallablieferung angeordnet wurde, die sich auch auf Möbelbeschläge und Scharniere erstrecken sollte, verweigerte die Gemeinde Wien die Durchführung. Sie verwies auf die Metalle in öffentlichem Besitz und auf die Monumente und erklärte die Beschlagnahme von derartigen Metallgegenständen als Eingriff in das Privatleben.

Im August 1918, drei Monate vor Beendigung des Krieges, wollte man die Türschnallen gegen solche aus Holz ersetzen. Die Gemeinde Wien erhob gegen diese Anordnung beim Landesverteidigungsminister Einspruch. Auf Grund dieses Einspruches verfügte der Minister, dass

mit dieser Aktion erst begonnen werden dürfe, bis auch Ungarn damit angefangen habe.

Wieder einmal werden hier die inneren Verhältnisse der Monarchie vom Licht des Alltages beleuchtet: die Hauptlast des Krieges trug die österreichische Reichshälfte, die Ungarn stellten sich abseits, in eine gewisse Opposition gegen Zisleithanien. Bewusst wälzten sie Schweres auf Österreich ab.

Für die Militärangelegenheiten gab die Gemeinde Wien bis zur Beendigung des Krieges etwa 3o Millionen Kronen aus.

Die Gemeinde war durch den Krieg nicht nur indirekt betroffen, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag, sie musste nicht nur Einschränkungen und Umstellungen in Kauf nehmen, sie war durch den Krieg direkt betroffen: sei es durch Bereitstellung von Gebäuden und Fuhrwerk, sei es durch Durchführung von Anordnungen der Militärbehörden. All das verlangte Mittel, die im Budget nicht vorgesehen waren und auch nur schwer untergebracht werden konnten.

7. Kapitel:

Die Unternehmungen der Gemeinde Wien

Von den Unternehmungen der Stadt Wien, zu denen die Gas- und Elektirzitätswerke, die Strassenbahnen und die Stellwagenunternehmung, das Brauhaus, die Leichenbestattung und die Lagerhäuser zählten, sollen nur die vier erstgenannten bhandelt werden. Natürlich hatten auch die anderen sich der veränderten Lage anpassen müssen und hatten unter Einschränkungen zu leiden: am augenfälligsten durfte das aber doch in der Gas- und Lichtversorgung und im Strassenbahnverkehr ersichtlich sein. Der damals noch selbständige Betrieb der Stellwagen, der Vorläufer unserer heutigen Autobusse, wird an die Strassenbahnen angegliedert.

Im städtischen Gaswerk war im Jahre 1914 der acht-Stundentag eingeführt worden - eine damals grosse Errungenschaft. Der Krieg aber brachte die Neueinführung zu Fall. Die gesteigerten Anforderungen und der Mangel an Arbeitskräften liessen die Verwaltung wieder auf die Erhöhung der Arbeitszeit zurückgreifen.

Die Gaserzeugung stieg von 1914 bis 1918 von rund 2oo Millionen Kubikmeter auf 231 Millionen Kubikmeter an und erreichte im Winter 1916/17 sogar 245 Millionen Kubikmeter, die Überschüsse, die die Gaswerke erzielten, lagen all die Jahre bei 5,5 bis 6 Millionen Kronen.

Die Steigerung der Gaserzeugung bedingte mannigfache Neubauten, die sich besonders auf Leopoldau konzentrierten. Im Jahre 1915 stellte das Gaswerk erstmalig weibliche Beamte ein, waren doch 115o Männer eingerückt.

Für die manuellen Arbeiten wurden vielfach auch russische und italienische Kriegsgefangene herangezogen. Sie arbeiteten hauptsächlich als Kohleentlader.

Die Einschränkung und Umgestaltung vieler Betriebe, die der Krieg mit sich brachte, führte anfänglich zu einer Minderung des Gasabsatzes, doch wurde die Herabsetzung durch einen Mehrverbrauch in den Haushalten und in der nach und nach einsetzenden Kriegsindustrie wieder wettgemacht.

Ende 1915 sahen sich die Gaswerke einer Katastrophe gegenüber: die Kohlenvorräte waren fast gänzlich aufgebraucht, weitere Lieferungen waren wegen der fehlenden Transportmittel nicht zu erwarten. Eine Intervention bei der Regierung konnte im letzten Augenblick Abhilfe schaffen.

Ähnliche Verhältnisse waren bei den Elektrizitätswerken gegeben. In der Zeit vor und während des Krieges hatten sie zwar nicht jene Bedeutung, die ihnen heute zukommt, doch war die Elektrifizierung immer mehr und mehr im Fortschreiten begriffen.

Vom Personal der E-Werke waren 45 % eingerückt und auch hier mussten Kriegsgefangene als Hilfsarbeiter eingesetzt werden. Die Kohlennot der E-Werke war zeitweilig so arg, dass man, trotz Einschränkung der öffentlichen Beleuchtung und des Strassenbahnverkehres, im Jahre 1917 auf Vorräte der Gaswerke zurückgreifen musste. Dem Tagesbedarf von 12oo t Kohle stand oft eine Zufuhr von 4oo t gegenüber. Der Stadtrat beschloss daher in seiner Sitzung im Februar 1917, die Strassenbahn zwischen 9 und 17 Uhr und ab 2o Uhr 3o einzustellen. Ausserdem sollte der Bezug von Strom in den Nachtstunden untersagt werden. Die Regierung sollte eine Bestrafung derjenigen vornehmen, die sich an diese Weisung nicht hielten.

Als letzter Versuch folgte dem Stadtratbeschluss eine Intervention des Bürgermeisters bei der Regierung wegen Kohlenzufuhr. Im letzten Augenblick konnte von einer Lahmlegung des Verkehrs Abstand genommen werden.

Den Kohlemangel konnte auch das Braunkohlenbergwerk Zillingdorf,

das der Gemeinde Wien gehörte, nicht beheben. Von den dort beschäftigten 3o2 Arbeitern wurden 142 zum Militärdienst eingezogen, dafür erhielt die Verwaltung aber nur 113 Kriegsgefangene als Ersatz zugewiesen. Der Betrieb dieser Gruben musste im Jahre 1917 mangels an Grubenholz überhaupt eingestellt werden.

Das Überlandkraftwerk Ebenfurth wurde im Februar 1915 in Betrieb genommen, doch konnte die Freileitung nach Wien erst im Dezember des folgenden Jahres fertiggestellt werden: das Kupfer für die Drähte musste erst aus altemnLeitungen gewonnen werden.

Ein grosses Ansteigen ihrer Betriebskapazität hatten die Strassenbahnen zu verzeichnen. Während des Krieges wurden einige Strassenbahnlinien überhaupt neu geschaffen, viele verlängert: im Oktober 1914 wurde die Linie 118 eröffnet, im November die Linie 158, im Dezember des gleichen Jahres wurde die Linie 167 in Betrieb genommen. Auch 1915 wurden Linien eröffnet und verlängert: 59, V und 62. Selbst im wohl schwersten Kriegsjahr, 1917, konnte die Linie 117 dem Verkehr übergeben und die Linien 6 und 15 verlängert werden; die Linie 7 wurde eingestellt. Im Februar des gleichen Jahres wurde auch ein ausserordentlicher Nachtverkehr, der sogenannte Bahnhofrundverkehr, geschaffen.

Durch die Umgestaltung von 23 Unterleitungsstrecken in Oberleitungsstrecken im Jahre 1915 konnten an die Metallzentrale vier Waggon Kupfer abgeliefert werden und die Freileitung der E-Werke von Ebenfurth nach Wien gelegt werden.

Während des Krieges wurde die Strassenbahn oft zu Transportzwecken herangezogen. Aus diesem Grunde wurde die Zahl der Lastenwagen bedeutend erhöht: um 27 Triebwagen und um 77 Anhänger. Die Sommerwagen wurden zu Sanitätswagen umgebaut, ein Anhängerwagen diente dem Leichentransport.

Der Rohstoffmangel und der strenge Winter 1917/18 verminderte

die Zahl der betriebsfähigen Motorwagen auf 850, der Verkehr war damit ernstlich in Frage gestellt.

Die gefahrenen Kilometer, bzw. die beförderten Passagiere im Jahre 1913 bzw. 1917/18 seien hier gegenübergestellt:

	1913	1917/18
Wagenkilometer	99 Millionen	106 Millionen
Personen	27 Millionen	48 Millionen.

Vom August bis November 1918 mussten neun Linien gänzlich, dreiundzwanzig teilweise eingestellt werden.

Die Strassenbahn hatte vollkommen neue Aufgaben übertragen bekommen: ausser dem normalen Personenverkehr musste sie nun Soldaten und Verwundete, Lebensmittel, Kohle, Post und sogar Leichen transportieran. Sie stand in Diensten der Wehrmacht und des Staates und besorgte alle Aufgaben meist unentgeltlich. Dazu kam aber noch, dass sie für die Lebensmittel- und Kohlentransporte Schleppgeleise an die Speicher und Lagerhäuser legte.

Von dem 12700 Mann umfassenden Personalstand wurden 6000 Mann, d.s. nahezu 50 %, zur Wehrmacht eingezogen. Von den neuaufgenommenen 16 000 Ersatzkräften mussten wiederum 5000 Mann einrücken, sodass um die Mitte des Jahres 1917 etwa 12 000 Bedienstete der Wiener Strassenbahn im Wehrmachtsdienst standen.

Von den mit Pferden betriebenen Stellwagen wurden einige Linien im Mai 1914 motorisiert. Der Kriegsausbruch brachte eine Beschlagnahme der Autos mit sich, daher mussten die Stellwagenlinien wieder mit Pferden betrieben werden.

Im Juni 1915 wurde der Stellwagenverkehr gänzlich aufgelassen. Das Jahr 1916 brachte eine Besserung der Betriebsverhältnisse mit sich: von der Heeresverwaltung wurden der Direktion Autos zur Verfügung gestellt. Eine neue Ablieferungswelle für Gummi und Autoreifen im März 1917 aber führte zur vollständigen Stillegung des Betriebes.

Der Verfall der Stellwagenunternehmung ist aus der Zahl der gefahrenen Kilometer und der beförderten Personen ersichtlich:

		Wagenkilometer	beförderte Personen
Geschäftsjahr	1914/15	2,3 Mill.	8,6 Mill.
-"-	1915/16	1,6 "	6,3 "
-"-	1916/17	o,7 "	4,5 ".

Anhang 1:

Dr.Richard Weiskirchner

Eine der markantesten Persönlichkeiten der Christlich-Sozialen Partei um die Jahrhundertwende war Dr.Richard Weiskirchner. Wenn er auch im Schatten Dr.Karl Luegers stand, galt er doch als Nachfolger dieses grossen Partei- und Volksmannes. Nur dass er das Bürgermeisteramt in Wiens schwerster Zeit übernehmen und dann als Verlierer von der politischen Bühne des Rathauses abtreten sollte, das konnte man nicht ahnen. In Dr.Weiskirchner ist ein wahrhaft Grosser aus dem Rathaus gegangen, einer, der der Stadt noch viel zu geben imstande gewesen wäre.

Richard Weiskirchner wurde am 24. März 1861 in Wien geboren. Sein Vater war Lehrer an der sogenannten "Taubenschule", starb aber schon, als Richard kaum sieben Jahre alt war.

Trotz der wirtschaftlichen Notlage, in die die Familie durch den frühen Tod des Vaters geraten war, trat Richard Weiskirchner in das Mariahilfer Gymnasium ein, studierte dann Rechtswissenschaften und kam 1883 in den Dienst der Gemeinde Wien. Während seiner Dienstzeit, wurde er in den verschiedensten Abteilungen verwendet, was ihm später als Bürgermeister sehr zu Hilfe kam. Wurde er vorerst im Marktdepartement verwendet, versetzte man ihn schon nach sechs Jahren in das statistische Departement.

Seine Versetzung hatte gewichtige Gründe. Nach dem frühen Tod des Vaters wandte er sich sozialen Studien zu und stiess bald zur Christlich-Sozialen Partei. Die sogenannte "Leo-Gesellschaft", eng an die Partei angelehnt, führte die Tätigkeit nach dem zweiten Katholikentag besonders auf sozialem Gebiet weiter; und in dieser Gesellschaft hielt Dr.Richard Weiskirchner einige Vorträge. So war man auf ihn im Rathaus aufmerksam geworden.

Nach einer vorübergehenden Verwendung im Sanitätsdepartement kommt Weiskirchner in die Abteilung für das Armenwesen, zu deren Chef er 1900 aufsteigt. In diese Zeit fallen zwei seiner bedeutendsten Schriften: "Kartellwesen vom Standpunkt christlicher Wirtschaftsauffassung" und "Armenpflege einer Großstadt".

1897 wird Dr.Richard Weiskirchner in den Reichrat entsendet, ein Jahr später in den niederösterreichischen Landtag.

Kaum war Weiskirchner zum Chef des Armendepartements ernannt worden, wird er, 1901, Magistrat-Vizedirektor und 1903 Magistratsdirektor. Damit hat er in zwanzigjähriger Dienstzeit den höchsten Posten, den die Stadt Wien zu vergeben hat, erreicht.

Als 1909 Graf Bienerth-Schmerling mit der Bildung eines Kabinettes betraut wird, beruft er Dr.Richard Weiskirchner als seinen Handelsminister. Weiskirchner folgt diesem Ruf, lässt sich pensionieren und legt auch die Stelle eines Präsidenten des Reichrates nieder. Bei seiner Verabschiedung aus dem Gemeindedienst erklärt Bürgermeister Dr.Lueger, dass man ihn, Weiskirchner, stets mit offenen Armen im Rathaus empfangen werde, wenn er zurückkehren sollte.

Dem Reichsrat legt Richard Weiskirchner gleich in einer der ersten Sitzungen nach seiner Amtsübernahme ein Programm vor: Ordnen der handelspolitischen Beziehungen mit den Balkanstaaten und Rumänien. Und wenn auch die Arbeiterzeitung nach einer Kabinettsumbildung im Jahre 1910 befürchtet, dass wieder der "widerliche Streber, der seine Unfähigkeit unter Beweis gestellt hat, in die Regierung übernommen wird", wie es auch tatsächlich der Fall war, muss doch gesagt werden, dass der Handelsminister Dr.Richard Weiskirchner Vorzügliches geleistet hat.

1910 war Wiens Bürgermeister Dr.Karl Lueger gestorben. Sein Nachfolger sollte Weiskirchner werden, so hatte Lueger es schon 1907 testamentarisch bestimmt. Doch da er jetzt einen Posten im Kabinett

innehatte, wurde ~~der~~ Vizebürgermeister Dr.Neumayer zum Stadtoberhaupt gewählt.

1912 schied Dr.Weiskirchner aus der Regierung aus und auch Dr.Neumayer legte das Bürgermeisteramt zurück. Als neuer Kandidat schien nun der Mann auf, der nach Luegers Willen sein Nachfolger sein sollte:Dr.Richard Weiskirchner. Mit 126 von 155 Stimmen wurde er zum Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt gewählt und blieb es bis zum Mai 1919. Seine Amtstätigkeit fällt in die schwerste Zeit, die Wien bis zu diesem Zeitpunkt in seiner Geschichte durchgemacht hatte. Als der Krieg beendet war, gingen die Sozialdemokraten in Wien als die stärkste Partei aus den Wahlen hervor und stellten den Bürgermeister. Richard Weiskirchner musste das Rathaus verlassen, nachdem er seine ganze Arbeitskraft der Stadt während vier schwerer Jahre zur Verfügung gestellt hatte.

Aber schon während des Krieges hatte man seine Verdienste gewürdigt: 1916 war er Ehrenbürger von Wien geworden, 1917 wurde er vom Kaiser in das Herrenhaus berufen. Und auch die junge Republik konnte auf einen Mann wie ihn nicht verzichten, 192o wurde er Präsident des Nationalrates. Bis zu seinem Ausscheiden aus der Politik im Jahre 1923 bekleidete er diese Stelle. Die hohe Auffassung, die er von seinem Wirkungskreis hatte, spricht er in dem Satz: "Wir Abgeordneten sind in das Parlament geschickt worden um zu arbeiten" aus. Und diesen Satz, den er schon Jahrzehnte vorher geprägt hatte, wiederholt er auch nach 1918.

Nach kurzem Leiden starb Richard Weiskirchner im Jahre 1926. Bürgermeister Seitz hielt dem Ehrenbürger und ehemaligen Bürgermeister einen ehrenvollen Nachruf, frei von politischer Gehässigkeit, wie es sich für einen so verdienstvollen Mann gegenüber geziemte.

(Bei der Darstellung des Lebens von Dr.Richard Weiskirchner wurde hauptsächlich der Dissertation von Karl Harrer,

Dr.Richard Weiskirchner, Wien 195o, gefolgt.)

Anhang 2:

Die wirtschaftliche Lage Wiens während des Krieges

(Amtliche Mitteilungen über die wirtschaftliche Lage Wiens während des Krieges, Zusammenfassung).

Die Mitteilungen über die wirtschaftliche Lage Wiens wurden auf Antrag von Bürgermeister Dr.Richard Weiskirchner in der Stadtratsitzung vom 8. Oktober 1914 herausgegeben und im Amtsblatt veröffentlicht. Der Grund ist darin zu suchen, dass schon im September,also bald nach Kriegsausbruch, im Ausland Gerüchte über den wirtschaftlichen Zusammenbruch der österreichischen Hauptstadt kursierten.

Die Mitteilungen wurden im allgemeinen wie folgt gegliedert: 1. allgemeine Kriegs- und Wirtschaftslage, 2.Vieh- und Fleischzufuhren, 3.Kleinhandelspreise, 4.Arbeitsamt, 5.Spareinlagen, 6.Steueramt, 7.Gesundheitsverhältnisse, 8.Krankenüberwachung und 9. Sterblichkeit.

Hier soll von jeder einzelnen Folge eine Zusammenfassung gebracht werden, sodass sich ein Längsschnitt der Wirtschaftslage in Wien von 1914 bis 1918 ergibt.

<u>1. Folge vom 13.Oktober 1914</u> Von der männlichen Bevölkerung sind 1oo ooo Mann zu Kriegsdiensten eingezogen. Eine eigentliche Kriegsnot besteht nicht. Über 8o ooo Familien erhalten eine staatliche Unterstützung. Die Lebensmittelversorgung ist zufriedenstellend. Die Regierung hat den Gemeinderatsbeschluss vom 22.September, dass der Bürgeremeister Verfügungen treffen darf, genehmigend zur Kenntnis genommen. Die Parteikämpfe im Rathaus sind verstummt.

<u>2.Folge vom 27.Oktober 1914</u> Ein Kommitee zur Unterstützung der Privat- und Handelsangestellten wurde gegründet, eine Frauenhilfsaktion ins Leben gerufen.

<u>3.Folge vom 13.November 1914</u> Vom 1.Dezember an wird das BAckmehl

aus 7o % Weizen- und Roggenmehl und aus 3o % Gersten- oder Maismehl bestehen. Beim Mehl sind namhafte Preissteigerungen zu verzeichnen.

Die Ausfuhr von Wild wurde auf Antrag der Gemeinde Wien von der Regierung verboten. Die Arbeitslosigkeit ist erträglich, vielfach ist sogar Arbeitermangel zu verzeichnen.

Von der unentgeltlichen Ausspeisung wurde nicht viel mehr Gebrauch als sonst gemacht.

4.Folge vom 1.Dezember 1914 Seit Anfang November läuft die erste Kriegsanleihe. Die Zeichnung in der Gesamtmonarchie betrug bis Ende November 2,5 Milliarden Kronen.

Die Lebensmittelversorgung ist zufriedenstellend, Kohle ist genug vorhanden.

Der Fremdenverkehr in Wien steigt an!

5.Folge vom 15.Dezember 1914 Seit 3o.November sind in Wien Höchstpreise für Mehl und Getreide festgesetzt. Die Regierung bestimmte einige Kohlenbergwerke, die Wien beliefern müssen, da der Verkehr auf der Nordbahn, die zum nördlichen Kriegsschauplatz führt, zeitweilig eingestellt wird.

6.Folge vom 8.Jänner 1915 Die wirtschaftlichen Störungen in Wien sind noch erträglich. Österreich-Ungarn ist von den Wirren der Weltwirtschaft weit weniger betroffen als die Entente.

Die Höchstpreise, die nicht einheitlich, sondern nach Kronländern verschieden festgesetzt wurden, bringen unerwünschte Wirkungen hervor. Die Händler verkaufen dort, wo sie die höchsten Höchstpreise erzielen. Niederösterreich und Wien haben die niedrigsten Preise, deswegen leiden sie besonders unter dem Mehl- und Getreidemangel.

Die Preise für Fett, Brot und Eier sind im Steigen begriffen.

7.Folge vom 12.Februar 1915 Die Lebensmittelversorgung war bis zum Jänner ausreichend, obwohl Mehlmangel eintrat und Mais für

die Brotversorgung herangezogen werden musste. In der Strassenbahn werden Maisrezepte plakatiert.

Ein wirtschaftliches Hilfsbüro der Gemeinde Wien, das vor allem zwischen Mieter und Vermieter vermitteln soll, wurde ins Leben gerufen. Als Leiter wurde Dr.v.Wittek ernannt. Die Strassenbahnen leisten jetzt nur mehr ein Zehntel weniger als im Frieden, da weibliche Kräfte eingestellt wurden.

Dr.Richard Weiskirchner war auf Besuch auf dem nördlichen Kriegsschauplatz. Der Bürgermeister berichtet, dass die Verpflegung dort ausreichend und auch die Verwundetenversorgung gut organisiert sei.

8. Folge vom 12.März 1915 Die Arbeitslosigkeit nimmt immer mehr und mehr ab.

Die Fettpreise sind stark gestiegen. Das Weissgebäck ist einem Kriegsgebäck gewichen. Allmählich gewöhnt sich die Bevölkerung an den Mais.

9.Folge vom 16.April 1915 Die Mehlkarte wurde eingeführt. Die Mehl- und Getreideversorgung ist im Regelung begriffen. Die Schweinezufuhr ist für Wien zu gering.

1o.Folge vom 18. Mai 1915 Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt halten sich nun etwa die Waage.

Die Speisestellen gaben Ende April rund 37 ooo Portionen ab.

Bei Milch, Fett und Fleisch ist ein Mangel spürbar. Maismehl ist vorherrschend, die Umstellung geht langsam vor sich, da auch den Bäckern das Maismehl fremd ist.

11.Folge vom 15.Juni 1915 Die Lebensmittelversorgung ist im allgemeinen zufriedenstellend, doch sind Preissteigerungen immer noch gang und gäbe. Schweinefleisch wurde nur die Hälfte der Menge des gleichen Monats im vergangenen Jahr angeliefert.

Das Brot besteht aus Roggen- und Maismehl im Verhältnis 1:2.

In den letzten Wochen brachte die Gemeinde Wien 1,4 Millionen Zentner Kartoffeln auf den Markt.

Die Wohnungsverhältnisse sind stabil.

Im Stadtgebiet wurden Grünflächen mit Kartoffeln, Hafer und Futtergras angebaut. Zahlreiche Grünflächen wurden als sogenannte Kriegsgemüsegärten verpachtet.

12.Folge vom 16.Juli 1915 In Wien besteht kein Mangel an Arbeitsgelegenheiten.

Seit Kriegsbeginn gab die Gemeinde Wien 21oo Waggon Mehl aus. Die Milchanlieferung steigt allmählich an. Fleisch gibt es zu wenig.

13.Folge vom 1o.August 1915 In der Stadtratsitzung vom 5.August berichtete Dr.Richard Weiskirchner über die Verwaltung der Stadt Wien im ersten Kriegsjahr.

Für die Angestelltenfürsorge warf die Gemeinde Wien einen Betrag von 1o,7 Mill. K aus. An Kriegszulagen wurden 782 ooo K gezahlt.

An Subventionen gab die Gemeinde Wien an das Rote Kreuz 3oo ooo K, an die Fürsorge für die Handelsangestellten 29o ooo K, an den Wärmestubenverein 4o ooo K und an die Künstlerfürsorge 25 ooo K.

In den Näh- und Strickstuben arbeiten 4ooo Frauen, der Wochenlohn beträgt je nach Arbeitszeit fünf bis dreissig Kronen.

Das wirtschaftliche Hilfsbüro intervenierte in fast 35 ooo Fällen bei Wohnungsangelegenheiten.

Die Kartoffeln der Gemeinde Wien sind billiger als die auf den Märkten. Die Gemeinde ist nicht nur Lebensmittel-, sondern auch Kohlenhändler geworden. Die Kohle sollte ursprünglich an die Händler abgegeben werden, doch zerschlugen sich die Verhandlungen. Seit August 1914 kaufte die Stadt Wien für 5 Millionen Kronen Mehl und Mais.

Die staatliche Kriegsgetreideversorgungsstelle konnte ihren Aufgaben nicht gerecht werden, sodass die Gemeinde Wien gezwungen

war, ihre eigenen Getreidevorräte zu verkaufen und Mais zu erwerben. Dr.Weiskirchner führte dazu folgendes aus:"Ich möchte bei dieser Gelegenheit bitten, dass immer darauf hingewiesen werden möge, dass die Gemeinde nicht aus Vorliebe Mais genommen hat, sondern aus dem einfachen Grunde, weil Ungarn damals es ablehnte, uns Edelmehle zur Verfügung zu stellen ....."

1000 Waggon deutsches Mehl wurden angekauft. Wien verbraucht täglich 52 bis 54 Waggon.

Für andere Lebensmittel hat die Gemeinde bis jetzt 60 Millionen Kronen ausgegeben. Für die Ernährung der Wiener Bevölkerung wurden also bis Juli 1915 78 Millionen Kronen aufgeworfen.

Als Produzent bebaut die Stadt Wien 2,3 Millionen Quadratmeter Grund mit Gemüse, Kartoffeln und Futtermitteln. Verpachtet wurden 300 000 m^2. Das Saatgut für diese Gärten wurde kostenlos abgegeben.

14. Folge vom 24.September 1915 Arbeitsgelegenheiten sind genügend vorhanden. Die Wohnungskündigungen sind zurückgegangen. Auch die Steuereingänge sind zufriedenstellend.

Die Lebensmittelversorgung hat sich gebessert, da die Ernte gut war. Mais wird kaum mehr verwendet. Fleisch ist mehr als sonst vorhanden, doch sind die Preise dafür hoch.

15.Folge vom 26.Oktober 1915 Die Lebens-mittelversorgung ist ausreichend, doch schwierig. Es gibt zuwenig Mehl, Milch und Fleisch. Die Preise steigen. Die Gemeinde will Kühe ankaufen.

Die Spareinlagen sind um 14 % gestiegen, auch die Steuereinnahmen sind gut.

16.Folge vom 26.November 1915 Da nun auch für Kartoffeln Höchstpreise festgesetzt wurden, liess die private Zufuhr nach. Die Gemeinde lagert Kartoffeln ein. Fleisch, Fett, Milch und Eier sind knapp.

Im 21.Bezirk wurden 252 Wohnungen als Kriegsheimstätten den Benützern übergeben.

Die Spareinlagen sind etwas zurückgegangen; der Steuer-

einlauf ist befriedigend.

17.Folge vom 14.Dezember 1915 Im Wiener Rathaus fand eine Dankesfeier für die Wiener und die Niederösterreichischen Soldaten statt.

18.Folge vom 21.Jänner 1916 In den letzten Wochen traten kaum Änderungen ein.

Das Budget der Gemeinde Wien muss umgestaltet werden, da für den Voranschlag 1915/16 angenommen wurde, der Krieg werde 1915 beendet sein.

19.Folge vom 25.Februar 1916 Die Mehlzufuhr lässt zu wünschen übrig; es gibt zu wenig Kartoffeln.

Die Steuereingänge sind zurückgegangen. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ist günstig.

2o.Folge vom 21.März 1916 Die Teilnahme an der öffentlichen Ausspeisung nimmt zu.

Fleisch und Kartoffeln sind knapp.

Statt Steinkohle wird vielfach Braunkohle verkauft.

Mit der Ablieferung von Metallgeräten wird begonnen.

21.Folge vom 12.Mai 1916 Die öffentliche Ausspeisung versorgt nun täglich 52 ooo Personen. In der Lebensmittelversorgung ergeben sich immer mehr Schwierigkeiten. Die Kartoffelzufuhr ist ins Stocken geraten, es herrscht Kartoffelnot. In den letzten zwei Monaten wurde um ein Viertel weniger mehr Milch angeliefert als sonst, nur je 17 Millionen Liter. Fett und Fleisch sind knapp. Die Preise sind im Steigen begriffen.

Die Näh- und Strickstuben arbeiten viel. Bis jetzt lieferten sie 6 Millionen Stück.

22.Folge vom 16.Juni 1916 Fleisch und Gemüse sind knapp. Kartoffeln, Eier und Kohle gibt es genügend. Ebenso herrscht an Mehl und Brot kein Mangel.

23.Folge vom 18.Juli 1916 Es wurden in den letzten Wochen Kriegsküchen

errichtet, die den Hausfrauen die schwierige Arbeit des Kochens abnehmen sollen. Mitte Juli wurde die erste eröffnet. 53oo Haushalte mit 14 ooo Tagesportionen haben sich dazu angemeldet.

Sonst haben sich in den letzten Wochen die wirtschaftlichen Verhältnisse kaum geändert.

24.Folge vom 18.August 1916 Die Kriegsküchen sind in rasch ansteigender Entwicklung begriffen.

Der Kinderfürsorge wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Aktion "Kinder aufs Land" hat ihre Tätigkeit begonnen, die Gemeinde stellt dazu 1oo ooo K zur Verfügung.

25.Folge vom 19.September 1916 Die Verhältnisse sind unverändert. Die öffentliche Ausspeisung umfasst jetzt 58 ooo Personen. Die Lebensmittelversorgung lässt zu wünschen übrig.

Die Preise steigen noch immer an.

Vergleichende Preistabelle:

	Nov.1915 K	Aug.1916 K
Rindfleisch per kg	4,6	8,4
Schweinefleisch per kg	5,6	7,7
Schmalz per kg	8,o	9,6
Speck per kg	7,9	9,3
Butter per kg	6,24	8,8
Maggarine per kg	5,8	9,6
Milch per l	o,4	o,42
Eier per Stk.	o,19	o,26
Mehl per kg	o,64	1,2
Brot per kg	o,57	o,5
Kartoffeln per kg	o,14	o,36
Bohnen per kg	1,1	1,o
Zwiebeln per kg	o,58	o,8
Petroleum per l	o,56	o,44
Steinkohle per 5o kg	2,54	2,8

26.Folge vom 17.Oktober 1916 Die Lebensmittelversorgung ist weiterhin schwierig, Mehl und Brot sind knapp. Fett gibt es nicht genügend, da wegen der Höchstpreise nichts aus Ungarn angeliefert wird. Eier, Fleisch und Milch sind in nicht ausreichender Menge vorhanden. Die öffentliche Ausspeisung versorgt 6oooo Personen.

27.Folge vom 21.November 1916 Die Lebensmittelversorgung wird kritischer. Vor den Geschäften stehen lange Schlangen. Die Gemeinde Wien hat die 27. Kriegsküche eröffnet. Mehl wird rayoniert.
28.Folge vom 19.Dezember 1916 Inder Lebensmittelversorgung ergeben sich erhebliche Schwierigkeiten. Es gibt kein Fett und kein Schweinefleisch, Rind- und Schaffleisch sind genügend vorhanden. Gemüse ist auf den Märkten reichlich vorhanden, bei Obst herrscht Mangel.

Die Steuereingänge sind gestiegen.

29.Folge vom 6.Februar 1917 In der Stadtratsitzung vom 1.Februar berichtete Bürgermeister Dr.Weiskirchner über die Verwaltung der Stadt Wien bis Ende 1916.

Für die Angestelltenfürsorge wurden bisher 28,6 Millionen Kronen, an Kriegszulagen 1o Millionen Kronen, ausgegeben.

Von der Zentralfürsorgestelle werden über 4ooo Personen laufend unterstützt und bisher 2,5 Millionen Kronen ausgeworfen.
Die Ausspeisung kostete der Gemeinde 8,7 Millionen Kronen, für die Näh- und Strickstuben wurden 1,8 Millionen Kronen ausgeworfen.
An Subventionen vergab die Gemeinde 1,2 Millionen Kronen.

Die öffentliche Ausspeisung versorgte Ende Juli 1916 täglich 71 ooo Personen in 131 Speisestellen.

In den 28 Kriegsküchen wurden vom Juli bis Dezember 1916 2 Millionen Portionen verabreicht.

An Schulkinder wurden 14ooo Portionen eines warmen Frühstückes verteilt, ausserdem 1o1 ooo Paar Schuhe für den Betrag von 5o ooo K.

Die Kaiser Karl Kriegerheimstätte in Aspern erhielt von der Gemeinde Wien 5oo ooo K.
In die Obsorge der Gemeinde Wien wurden 12oo Kinder übernommen. Für Bauten und Investitionen wurden seit Kriegsbeginn 42 Millionen Kronen bereitgestellt.

Im Winter 1915/16 stellte die Gemeinde Kühe ein, die für die Milchversorgung der Stadt herangezogen wurden.

30.Folge vom 23.Februar 1917 Die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung halten an. Statt Kartoffeln werden Wrucken, d.s.Rüben, ausgegeben. Es gibt kein Gemüse. Die Preise steigen weiter an. Vergleichende Anlieferungstabelle:

	Jänner 16	Jänner 17
Rindfleisch	2 Mill. kg	14 ooo kg
Kalbfleisch	12 ooo kg	5oo kg
Schweinefleisch	596 ooo kg	144 ooo kg
Gemüse	42 ooo Meterzentn.	36 ooo Mz
Kartoffeln	12 ooo Mz	33 ooo Mz
Obst	25 ooo Mz	5 ooo Mz
Butter	544 Mz	228 Mz
Eier	2 Mill.Stk.	456 ooo Stk.

Die Spareinlagen und die Steuereinnahmen steigen.

31.Folge vom 2o.März 1917 Die Lebensmittelversorgung ist sehr kritisch. Es gibt keine Kartoffeln, kaum Gemüse, kein Fleisch und kein Fett. Grosse Schwierigkeiten treten auch in der Brennstoffversorgung auf.

32. und 33. Folge vom 17.August 1917 In der Stadtratsitzung vom 16.August legte Bürgermeister Dr.Weiskirchner Bericht über die Verwaltung der Stadt Wien bis Ende Juni 1917 ab. Das Arbeits- und Dienstvermittlungsamt wurde ausgebaut. Die öffentlichen Kriegsküchen gaben bisher 12 Millionen Portionen ab. Für Minderbemittelte werden Lebensmittelabgabescheine ausgegeben.

34.Folge vom 8.Februar 1918 In der Stadtratsitzung vom 8.Februar berichtete Bürgermeister Dr.Weiskirchner über die Verwaltung der Stadt Wien bis Dezember 1917. Die Kriegszulagen für die städtischen Angestellten wurden bisher um 1oo bis 175 % erhöht und erfahren für das erste Halbjahr 1918 abermals eine fünfzigprozentige Erhöhung. Im Jahre 1917 wurden 24 Kriegsküchen eröffnet. Bis Dezember wurden in diesen Anstalten 35,6 Millionen Portionen abgegeben. Die Wohnungsverhältnisse haben sich verschlechtert. Für Ferialjugendfürsorge wurden 15 ooo K ausgeworfen. Die Kinder

bekamen täglich ein Marmeladebrot. 1100 Knaben kamen in Erholungsstätten. In dem vom Heer geräumten Schulen wurden Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

In Albern wurden Versuchsteiche für Fischzucht angelegt. Die durch das regenarme Frühjahr bedingte schlechte Ernte hat eine Verschlechterung der Lebensmittelversorgung mit sich gebracht. Der Krieg macht sich in der Finanzgebarung der Gemeinde bemerkbar. Die Steuern sind auf das Doppelte gestiegen, die Ausgaben aber auf ein Vielfaches.

35.Folge vom 2.August 1918 Bericht des Bürgermeisters über die Verwaltung der Stadt Wien bis Ende Juni 1918, in der Stadtratsitzung vom 1.August. Seit Kriegsbeginn wandte die Gemeinde 112 Millionen Kronen für die Gemeindebedienstetenfürsorge auf.
Für den unentgeltlichen Bezug von Speisen gab sie 16 000 Anweisungen aus. Die Anzahl der Näh- und Strickstuben sinkt wegen Materialmangels ständig. Im ersten Halbjahr 1918 gab es nur noch zehn, denen 29 im Jahre 1915 gegenüberstehen.
Im März wurde das Invalidenamt geschaffen, das für Kriegsbeschädigte Arbeitsplätze vermittelt und Nachbehandlungen anordnet.

Die Lebensmittelversorgung war im Winter 1917/18 fast unlösbar. Die letzte Ernte war vollkommen unzureichend. Aus Ungarn und dem Ausland versiegten die Lieferungen, die Verbraucherquoten mussten immer mehr und mehr gesenkt werden.

Im März wurde Fleisch rayoniert, damit stieg der Pferdefleischkonsum und zog Preissteigerungen nach sich.

Die Fettknappheit verschärfte sich. Zur Zeit werden pro Kopf und Woche vier dkg Margarine ausgegeben.

Der Arbeitsmarkt ist günstig.

Die 35.Folge war die letzte Mitteilung über die wirtschaftliche

Lage Wiens während des Krieges. Auch als im November 1918 die k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt die Hauptstadt eines kleinen Österreichs wurde, besserte sich die Lebensmittel- und Kohlennot noch lange nicht.

Inhaltsverzeichnis

Quellen- und Literaturverzeichnis

Amtsblatt der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Jahrgang 1914, 1915, 1916, 1917 und 1918

Die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien vom 1.Jänner 1914 bis 30.Juni 1919 unter den Bürgermeistern Dr.Richard Weiskirchner und Jakob Reumann, Wien 1923

Harrer Karl, Dr.Richard Weiskirchner, Diss. Wien 1950

Protokolle über die vertraulichen Sitzungen des Gemeinderates der kk.Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, September 1914 bis November 1918

Weiskirchner Richard, Armenpflege einer Großstadt, Vorträge und Abhandlungen der Leo-Gesellschaft, Heft 5, Wien 1896

Weiskirchner Richard, Ein Jahr Kriegsfürsorge der Gemeinde Wien, Wien 1915

Weiskirchner Richard, Heimstätten und Rentengüter für unsere Soldaten, Wien 1916

Weiskirchner Richard, Städtische Wohnungspolitik, Flugschriften für Österreich-Ungarns Erwachen, Heft 21 und 22, Warnsdorf 1917

Weiskirchner Richard, Großstadtfragen, Wien 1918

Wiener Kommunalkalender und städtisches Jahrbuch, Jahrgang 1914, 1915, 1916, 1917 und 1918.

Ich erkläre an Eides Statt, daß ich diese Arbeit selbst verfaßt und außer der im Literaturverzeichnis angeführten Werke keine fremde Hilfe benützt habe.

Wien, im Juni 1959

Karl Josef Brunner